

Fünf Jugendliche in U-Haft: Brandenburgs rechte Terrorgruppe enttarnt!

Fünf Jugendliche in U-Haft wegen mutmaßlicher Anschläge einer rechtsextremen Gruppe in Brandenburg und anderen Bundesländern.



Aldöbern, Deutschland - Am 22. Mai 2025 wurden in Deutschland fünf Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren in Haft genommen. Sie stehen im Verdacht, Mitglieder einer mutmaßlich rechtsextremen Terrorgruppe mit dem Namen „Letzte Verteidigungswelle“ zu sein. Die Festnahmen fanden in mehreren Bundesländern statt, darunter Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen. Insgesamt wurden während der Ermittlungen 13 Objekte durchsucht, wobei auch in Sachsen und Thüringen zahlreiche Durchsuchungen stattfanden. Die Polizei war mit über 220 Einsatzkräften an dieser koordinierten Aktion beteiligt, die auf die mutmaßlichen

Anschläge der Gruppe abzielte.

Die Bundesanwaltschaft wirft den Verdächtigen vor, mit ihren geplanten Anschlägen die Demokratie destabilisieren zu wollen. Zu den bisher bekannten Vorfällen zählen unter anderem Brandanschläge auf Asylbewerberheime, linke Einrichtungen und ein Kulturhaus in Altdöbern, bei dem ein Sachschaden von rund 500.000 Euro entstand. Ein geplanter Angriff auf eine Unterkunft für Asylbewerber in Senftenberg konnte durch die Festnahmen rechtzeitig verhindert werden.

Radikalisierung und Rädelsführer

Die Ermittler identifizieren in diesem Zusammenhang zwei der Festgenommenen, einen 16-jährigen und einen 18-jährigen aus Mecklenburg-Vorpommern, als Rädelsführer der Gruppe. Experten vermuten, dass die Verdächtigen sich über soziale Medien radikalisiert haben. Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Christian Pegel (SPD), äußerte Besorgnis über die wachsende Radikalisierung junger Menschen und die Zunahme rechtsextremer Straftaten in der Region. Im Jahr 2023 verzeichnete der Verfassungsschutz einen Anstieg bei rechtsextremistischen Gewalttaten auf 1.148 im Vergleich zu 1.016 im Vorjahr.

Die gesetzliche Strafmündigkeit in Deutschland liegt bei 14 Jahren. Diese Regelung kommt in diesem Fall zur Anwendung, wobei die Behörden auch die „Verantwortungsreife“ der Jugendlichen in Betracht ziehen müssen, um sie strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Der Anstieg rechtsextremistischer Straftaten um 22,4 % auf insgesamt 25.660 Delikte im Jahr 2023 zeigt, dass das Thema von wachsender Bedeutung ist.

Politische Reaktionen und gesellschaftliche Sicht

Politiker von SPD und Linken im Schweriner Landtag forderten

eine Sondersitzung des Innenausschusses, um die Entwicklungen zu erörtern und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen zu diskutieren. SPD-Fraktionschef Julian Barlen kritisierte die Rhetorik der AfD gegenüber Minderheiten, die er für die Radikalisierung junger Menschen mitverantwortlich macht. Die AfD wies diese Vorwürfe als Unterstellung zurück.

Die Vielzahl an rechtsextremistischen Ereignissen zeigt auf, dass rechtsextreme Gruppierungen versuchen, Krisen wie die aktuelle politische Lage zu instrumentalisieren, um eigene Narrative zu verbreiten. Unterdessen stellt der Verfassungsschutz fest, dass das Personenpotenzial gewaltorientierter Rechtsextremisten im Jahr 2023 etwa 14.500 Personen beträgt. Die evident steigenden Zahlen machen deutlich, dass dieser Trend einer ernsthaften gesellschaftlichen Aufmerksamkeit bedarf.

Die Entwicklungen in der letzten Zeit erinnern die Öffentlichkeit an die Gefahren, die von rechtsextremen Gruppen ausgehen. Es bleibt abzuwarten, welche weiteren Maßnahmen seitens der Sicherheitsbehörden und der Politik ergriffen werden, um dieser Bedrohung entgegenzuwirken.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie in den Berichten von **rbb24**, **NDR** und **Verfassungsschutz**.

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ort	Altdöbern, Deutschland
Festnahmen	5
Schaden in €	500000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.rbb24.de• www.ndr.de• www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de